



Hessische Staatskanzlei • Postfach 31 47 • 65021 Wiesbaden

Stadtverordnetenvorsteher
der Stadt Offenbach am Main
Herrn Manfred Wirsing

63061 Offenbach (Main)



Wiesbaden, den 7. Dezember 2005

Mediationsverfahren zur regionalen Kulturfinanzierung

hier: Ihr Schreiben vom 7. Oktober 2005

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Wirsing,

für Ihr Schreiben vom 7. Oktober 2005 danke ich Ihnen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich erst jetzt zu einer Antwort komme.

Mit Schreiben vom 29. Juli 2005 hatte ich bereits der Offenbacher Kulturinitiative und mit Schreiben vom 14. September 2005 der SPD-Stadtverordnetenfraktion von Offenbach geantwortet. Gern nutze ich die Gelegenheit, Ihnen noch einmal den Hintergrund für die Dringlichkeitserklärung im Bereich Ballungsraum Kultur zu erläutern.

Ziel der Hessischen Landesregierung ist es, dass die Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main im Bereich der Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung zusammenarbeiten. Dadurch sollen die kulturellen Potenziale in der Region strategisch gebündelt und besser zur Geltung gebracht werden. Eine Stadt wie Frankfurt - und insoweit hat nun einmal die Kernstadt den größten internationalen Bekanntheitsgrad - muss ihren Platz im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen behaupten können. Davon profitieren auch die Umlandgemeinden.

Die Wettbewerbsbedingungen werden aufgrund der internationalen Entwicklung immer härter, auch die Kultur von internationalem Rang ist ein wichtiger Standortfaktor. Das haben die beiden von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten gezeigt.

Eine gemeinsame Vorgehensweise aller Ballungsraumkommunen ist, nicht nur was die Finanzierung, sondern auch was die Aufgabenwahrnehmung selbst anbelangt, unter diesem Aspekt dringend geboten. Dabei setzt die Hessische Landesregierung in erster Linie auf freiwillige Lösungen. Nicht nur die beabsichtigte Gründung einer „Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main-gGmbH“ bildet insoweit einen ersten Ansatz für freiwillige Lösungen. Auch das vom Präsidenten der IHK, Herrn Dr. v. Harbou, Anfang Oktober initiierte Mediationsverfahren kann einen wichtigen Beitrag für eine freiwillige Lösung leisten. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass die Landesregierung nicht Initiator des Mediationsverfahrens im Bereich Kultur ist und damit auch nicht Herrin des Verfahrens. Sie verfolgt aber mit Interesse, wie sich die Dinge hier entwickeln.

Ich hoffe, Ihnen damit den von der Landesregierung verfolgten Ansatz verdeutlicht zu haben. Zu Ihrer Information füge ich für Sie einen Abdruck meiner Regierungserklärung vom 13. Juli 2005 bei.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Koch

Anlage

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, das war die Regierungsbefragung. Ich schließe sie hiermit ab.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2: Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zum Thema Ballungsraumgesetz. Herr **Ministerpräsident**, bevor wir beginnen, bitte ich, noch Mitteilung machen zu dürfen, dass zwei Dringliche Entschließungsanträge eingegangen sind, die Sie zwischenzeitlich auf Ihren Plätzen liegen haben. Es sind der Dringliche Entschließungsantrag der CDU betreffend erfolgreicher Bürokratieabbau in Hessen, Drucks. 16/2265, und der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Stärkung des Standortes Hessen im Versicherungswesen, Drucks. 16/2266.

Wird die Dringlichkeit bejaht? - Das ist der Fall. Dann werden diese Tagesordnungspunkt 77 und Tagesordnungspunkt 78. Tagesordnungspunkt 77 könnte mit den Tagesordnungspunkten 34 und 73 behandelt werden - Einvernehmen - und 78 mit 23 und 55. - Auch dies ist damit so beschlossen.

Formeller Aufruf - Tagesordnungspunkt 2:

Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten betreffend „das Ballungsraumgesetz mit Leben erfüllen - die Zusammenarbeit stärken - das Rhein-Main-Gebiet voranbringen“

Redezeit: 30 Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main, das der Hessische Landtag in der vergangenen Wahlperiode beschlossen hat, ist durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs von der vergangenen Woche uneingeschränkt bestätigt worden.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Damit steht fest, dass **das**, was der Landesgesetzgeber im Jahre 2000 beschlossen hat, mit dem Art. 137 der **Hessischen** Verfassung und damit mit dem Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung und dem Recht, regional gemeinsame Aufgaben zuzuweisen, vereinbar ist. **Das** hat viele juristische Bedenken aus dem Weg geräumt, die im Vorfeld des Verfahrens geäußert worden sind.

Man **muss** immerhin einräumen, dass eine ganze Zahl prominenter **Rechtswissenschaftler** aus **Hessen** und darüber hinaus viele durchaus bekannte Verwaltungsrechter vorher die Kommunen der Region darüber unterrichtet haben, dass dieses Gesetz evident gegen die Verfassung des Landes verstoße, dass so etwas überhaupt nicht mit der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar sei, und das über Hunderte von Seiten detailliert vorgetragen haben. Deshalb kann jetzt niemand der gleichen Prozessvertreter sagen, es handele sich um ein relativ unbedeutendes Urteil, weil ich unterstelle, dass niemand der Anwälte die Kommunen zu so viel Geldausgaben veranlasst hat,

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

wenn das, was als Urteil herauskommt, unbedeutend ist. Immerhin, vor dem Staatsgerichtshof in allen Punkten zu verlieren, weil die Klage im überwiegenden Teil unbegründet, also materiell nicht korrekt, und in ihrem geringeren Teil unzulässig ist - das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt für einen Beteiligten im Verfahren -, ist sicherlich ein Erlebnis, das nicht jeden Tag vorkommt.

Für die Hessische Landesregierung hat das eine klare Konsequenz. Wir werden den Weg weitergehen, der im Ballungsraumgesetz angelegt ist, durch beharrliches Drängen, aber auch durch angemessenen Einsatz der Mittel, die im Zweifel auch zur Anordnung gemeinschaftlichen Verhaltens führen können, dafür zu sorgen, dass die Rhein-Main-Region - das ist das Ziel, warum wir es machen - ihren international so entscheidenden Wettbewerbsvorteil erhält, indem sie kleine selbst verwaltete Einheiten behält, die **polyzentrisch** zusammengeschlossen worden sind, und trotzdem mit einer Stimme in Europa und der Welt gehört werden kann, wo das notwendig ist.

(Beifall bei der CDU)

Das, was in den nächsten Wochen und Monaten in Diskussionen geschehen wird, ist auch für die Region **nicht** völlig neu. Es ist darauf hinzuweisen, dass seit dem Jahre 1972 die Frage der Flächennutzungsplanung in dieser Region vorbildlich gelöst ist. Man mag manches kritisch über den Umlandverband Frankfurt sagen. In dieser Frage hat er Qualitätsmaßstäbe gesetzt, die alle anderen Ballungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland bis heute zum Maßstab nehmen.

(Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Wir werden jetzt, durch das **Verfassungsgericht**, durch den Staatsgerichtshof bestätigt, dort erstmals eine kombinierte Planung von Flächennutzungsplanung und Regionalplanung haben, die es bisher noch in keinem anderen Teil der **Bundesrepublik** gibt und die wiederum aufgrund der Erfahrung regionaler Zusammenarbeit in der Vergangenheit Maßstäbe setzen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben den Rhein-Main-Verkehrsverbund, der einmal den Frankfurter **Verkehrsverbund** abgelöst hat und aus einer frankfurtzentrierten Regelung eine Institution gemacht hat, in der sehr viele Kommunen in einem relativ weiten Umfang bereit gewesen sind, gemeinsam Finanzverantwortung **und** Organisationsverantwortung für diese spezielle Aufgabe zu übernehmen. An dieser **Stelle** beneiden uns andere in der Bundesrepublik um diese Organisationsstruktur.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das war damals eine gute Landesregierung!)

Meine Damen und Herren, wir haben heute in der Region Rhein-Main die Situation, dass alle, die dort länger kommunalpolitisch tätig waren, wissen, dass über eine relativ lange Zeit von Jahren die Abfallentsorgung ein gewaltiges Problem war, das in den einzelnen Landkreisen unterschiedlich gelöst werden sollte, das dann in eine große öffentlich-rechtliche Kombination gehen sollte, die nicht funktionierte. Zum **Schluss** haben sich alle Beteiligten des Ballungsraumes in einer gemeinsamen GmbH-Konstruktion zusammengeschlossen und betreiben diese Einrichtung heute gemeinsam verantwortlich für die Region. Kein Mensch redet mehr über Abfallpolitik, weil es die Region selbst gelöst hat. Also: Die Rhein-Main-Region kann durchaus, wenn sie will. Wir müssen dafür sorgen,

dass sie in mehr Punkten will, wenn sie erfolgreich in dieser Frage arbeiten will.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Aufgabe, die weiterhin in einer dezentralen Struktur gelöst werden muss, in einer Struktur, von der wir glauben, dass es zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil dieser Region gegenüber anderen Ländern in Europa gehört, dass wir so viel wie möglich in den Gemeinden, Städten und Landkreisen belassen.

Meine Damen und Herren, eine eigenständige Krankenhausplanung in vier, fünf Bereichen der Region, eine eigenständige **Schulentwicklungsplanung** in vier, fünf Bereichen der Region - das sind Chancen, regionale Besonderheiten so auszudrücken, dass es nicht eine zentrale Region mit einem Kern und Satelliten, sondern eine große Region, die **selbstbewusst** die einzelnen Einheiten hat, werden kann. Ich hoffe **sehr**, dass das nicht nur für diese Fragen gilt, sondern dass das in Zukunft etwa für die Frage der Betreuung von Langzeitarbeitslosen, für den Arbeitsmarkt und anderes weiterhin gilt, weil es eben ein Unterschied ist, ob ich in der Stadt Offenbach oder im Landkreis **Main-Taunus**, in der Stadt Frankfurt oder in Groß-Gerau mit seinem großen Opelwerk ein **solches** Problem lösen will, wo jeder, der behauptet, das müsse er von einer Stelle aus machen, eine **schlechtere** Antwort bekommen **wird** als der, der die Chance gibt, in der Region in der Vernetzung miteinander vor Ort zu entscheiden, wo die Entscheidungen tatsächlich zu treffen sind.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bleibt es bei der Auffassung der Landesregierung, dass derjenige, der das zerstört - durch welches Organisationsmodell auch immer -, das Besondere an dieser Region zerstört. **Meine** sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir auch in Zukunft in einer **Situation** leben sollen, dass jeder, der in einem kommunalen **Parlament**, in einer Gebietskörperschaft, in einer Einheit über ein kommunales Problem entscheidet - sei es die Frage, wo eine Schule steht, sei es die Frage, wo ein Krankenhaus **entwickelt** wird, sei es die Frage, wo andere soziale Einrichtungen sind -, wenigstens mit Risiko leben **muss**, auch einmal in einem Ortsteil direkt bei den Menschen zu sein und zu diskutieren, über die er gerade entscheidet. Die Identität der kommunalen Selbstverwaltung liegt gerade darin, dass am Ende nicht die Schulentwicklungsplanung oder die Krankenhausplanung immer von einer Mehrheit von Abgeordneten entschieden wird, die mit diesem unmittelbaren Raum mit Sicherheit nichts zu tun haben.

Wer heute einen Regionalkreis und anderes will, der sagt: „**Lasst** die Grävenwiesbacher **Mitbürger** darüber entscheiden, wie wir im südlichen Landkreis Offenbach bestimmte **Schulentwicklungsmaßnahmen** haben“. Dann ist das möglicherweise für die Parlamentarier in Mehrheit sehr viel angenehmer, für die Bürger ist es möglicherweise sehr viel schwieriger, eine solche Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ballungsraumgesetz macht klar, dass wir diese weit gehende Rücksicht auf die Eigenheiten der kommunalen Selbstverwaltung auf der **einen** Seite und die Notwendigkeit auf der anderen Seite verbinden wollen, gemeinsam etwas zu entscheiden, als Voraussetzung dafür, dass man diese - wie der Bürgermeister Vandreike am Wochenende in Frank-

furt gesagt hat - „kleinste Metropole der Welt“ vernünftig regieren kann. Es ist eine auf beiden Seiten abzuwägende Entscheidung, die das Ballungsraumgesetz ihr abverlangt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass die internationale Präsentation des **Stardortes** Rhein-Main nicht durch einzelne Städte oder Landkreise und auch nicht allein durch die Kernstadt Frankfurt am **Main** bewältigt werden kann. Große kulturelle Ereignisse, wie sie in London, Paris oder New York **stattfinden** - was **Plätze** sind, die zu Recht mit Frankfurt am Main verglichen werden -, können in Frankfurt nur dann ihren **Platz** haben, können nur dann in dieser Region und in dieser Stadt getragen werden, wenn es die Region gemeinsam tut. Das gilt auch für Freizeit- und Sporteinrichtungen überörtlicher Prägung und für vieles andere mehr.

Alle, die von außen in die Region Rhein-Main schauen, haben zunächst immer die Kernstadt Frankfurt im Blick. Das wissen auch alle in der Region. Dazu lebe ich selbst zu lange dort. Wenn ich in Hessen gefragt werde, wo ich wohne, sage ich: in Eschborn. Wenn ich in New York gefragt werde, wo ich wohne, antworte ich: in der Nähe von Frankfurt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Am Flughafen!)

- Herr Abg. Hahn, alle wissen nur deshalb von Frankfurt, wie wir gerade eindrucksvoll in Korrespondentenberichten gelesen haben,

(Gerhard Bökel (SPD): Eintracht!)

weil sie **alle den** Frankfurter Flughafen als das zentrale Asset Frankfurts in diesen ganzen Diskussionen kennen. Wir wären nicht **auf gleicher** Augenhöhe, wenn wir eine solche Bereitschaft an dieser Stelle nicht hätten.

(Beifall bei der CDU)

Man erwartet natürlich, wenn man über dieses Frankfurt redet, die Oper, das Schauspiel, den Zoo, ein Zehntausende Personen fassendes Sportstadion und vieles andere mehr. Der Vorteil der Region liegt gerade in dieser Kombination von Landschaft, Urbanität und kurzen Wegen. Darin liegt die Stärke, aber zugleich im finanziellen Ausgleich logischerweise die Schwäche. Deshalb ist die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben immer auch eine Frage von finanziellen Lasten, die gemeinsam getragen werden müssen. Diese gemeinsamen Lasten sind es wohl auch in Wahrheit - ganz unabhängig davon, wo man politisch steht -, die bisher jede regionale Zusammenarbeit so ungeheuer schwierig gemacht haben.

Wir müssen dafür sorgen, dass es dort eine Zusammenarbeit gibt, die gemeinsame **Entscheidungs-** und **Mitgestaltungsmöglichkeiten** einerseits und gemeinsame finanzielle Lastentragung andererseits ermöglicht. Jeder von uns weiß, es ist **illusorisch**, von einer selbstständigen Gemeinde im Rhein-Main-Gebiet einfach zu erwarten, dass sie einen Teil ihrer Mittel in den Haushalt der Stadt Frankfurt überstellt. Deshalb sind Lösungen, die über einen verfeinerten kommunalen Finanzausgleich gehen, völlig verfehlt; denn sie würden **immernur** bedeuten, dass wir landesrechtlich einem Geld abnehmen und es dem anderen zur eigenverantwortlichen Entscheidung ohne Mitwirkung derer, denen es abgenommen wurde, übergeben. Wenn es aus den kommunalen Haushalten mehr Geld für Initiativen und Einrichtungen geben soll - auch wenn sich diese Einrichtungen in der geographischen Verantwortung der Stadt Frankfurt befinden -, dann muss es gemeinschaftliche Trägerschaften für diese Einrichtungen geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Punkten, die ich eingangs genannt habe, ist das schon längst eine Selbstverständlichkeit. Es ist nichts, was wir völlig neu erfinden. Es ist keine Revolution und kein Kulturbruch. Aber es ist notwendig, die nun einmal gesammelten Erfahrungen endlich auf weitere Bereiche auszudehnen und nicht jahrelang im Stillstand dieser Entwicklung zu verharren.

(Beifall bei der CDU)

Nun wird diese Diskussion, wie jeder weiß, der im Rhein-Main-Gebiet tätig ist und mit einer gewissen Inbrunst mitgewirkt hat, seit mehr als 30 Jahren von Modelldebatten geprägt. Diese Debatten haben manch spannende intellektuelle Betrachtung zutage gefördert. Sie sind nett zu vergleichen mit allen möglichen Organisationsmodellen, die man sonst wo in der Republik und weit darüber hinaus organisieren kann. Aber wenn man nach dem Urteil zum Ballungsraumgesetz einen Neubeginn macht, mit welcher Intensität sich die Landesregierung im Auftrag des Landtags mit dieser Frage beschäftigt, dann gehört es auch dazu, zu sagen, dass da manches mit dem äußeren **An Rhein** des Konstruktiven diskutiert wird, um sicherzustellen, dass es in Wahrheit zu keiner wirklich durchgreifenden Lösung kommt. Wir sind seit langer Zeit in einer **Debatte**, die auch viele Beiträge produziert, um sicherzustellen, dass es so bleibt, wie es ist. Die Interessen der **Kernstadt Frankfurt** und der sie umgebenden Städte und Gemeinden waren immer so hinreichend unterschiedlich, dass die **Modelldiskussion** ein nützliches Vehikel für die Absicherung des Status quo sein konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nicht in einem Zustand neuer, junger Erfahrung. Der Umlandverband Frankfurt ist ein gutes Diskussionsbeispiel. Wer derzeit über Stadtkreis- und Regionalkreismodelle diskutiert, **erweckt** gelegentlich den Eindruck, es handle sich dabei um **völlig** neuartige Erfahrungen für die Rhein-Main-Region. Das Gegenteil ist richtig. In wichtigen **Aufgabenfeldern**, etwa der Abfallentsorgung in den Zeiten, in denen es nicht funktionierte, hat ein hinreichend großes Verbandsgebiet mit einem direkt gewählten Parlament und ausdrücklichen gesetzgeberischen Aufträgen alle Möglichkeiten gehabt, die notwendigen Strukturen im **Rhein-Main-Gebiet** zu schaffen.

Auch **das** gehört dazu: Die gewählten Mitglieder dieses direkt gewählten **Parlaments** - verehrte sozialdemokratische Kollegen, wie bei **uns**, den Christdemokraten, den Liberalen und, wo sie dabei waren, auch den GRÜNEN -, **diese** Mitglieder aus den kommunalen Parlamenten **auf** der Stadt- und Kreisebene, die dann in diesem Parlament saßen, hatten auch ein bisschen miteinander verabredet, dass sie in diesem Parlament sitzen, **um** sicherzustellen, dass auf den jeweiligen regionalen Ebenen, auf denen sie tätig waren und weiter tätig sein wollten, weiterhin jeder seine eigene Entscheidung treffen sollte, ohne in einem gemeinsamen Projekt „nur noch“ Teilnehmer einer solchen Veranstaltung zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer heute behauptet, dass die Direktwahl als Instrument für die regionale Ebene die Gewähr des Fortschritts für regionale Zusammenarbeit garantiere, **der ist nicht nur ziemlich dreist**, sondern **der ist** durch 30 Jahre empirische Arbeit widerlegt. Wir sind nicht da, wo wir neu anfangen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP - Norbert Schmitt (SPD): Wer behauptet das?)

Das kann man bedauern. Das gehört wieder zur Frage des intellektuellen Diskurses. Man mag sogar über einzelne Personen über alle Parteigrenzen hinweg reden. Jedenfalls die beiden großen Parteien haben da ihre hinreichende Geschichte. Aber ignorieren darf man es nicht, wenn man über die Neugestaltung der Region redet.

(Norbert Schmitt (SPD): Es gibt eine demokratische Legitimation!)

Vor diesem Hintergrund ist die Hessische Landesregierung nicht bereit, notwendige Veränderungen erneut durch eine langjährige Modelldebatte in Zweifel zu ziehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sowohl das Regionalkreismodell als auch das Stadtkreismodell, wie sie heute der Öffentlichkeit vorgestellt werden, würden ihren Sinn nur erfüllen, wenn wesentliche Finanzierungsaufgaben im Bereich der Krankenhausträgerschaft, der Schulträgerschaft, des Sozialhilfelastenausgleichs und natürlich auch der Ver- und Entsorgung, der kulturellen Arbeit und selbstverständlich des regionalen Standortmarketings auf diese Institution übergangen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

So **wird** es in den einzelnen Bereichen auch diskutiert. Meine sozialdemokratischen Kollegen im Main-Taunus-Kreis haben das noch einmal gespalten: einen Teil in den Regionalkreis und einen Teil in selbstständige Zweckverbände in GmbH-Lösungen. Das ist Regionalkreis- plus Ballungsraummodell.

Jeder **muss** wissen: Von den Summen der **Verwaltungshaushalte** der kommunalen Ebene im **Rhein-Main-Gebiet** würde von solchen Einrichtungen überregional **zwischen** einem Drittel **und** der Hälfte aller Ausgaben **kontrolliert** - kontrolliert von eben jenem **Parlament**, mit der Sicherheit, dass der überwiegende Teil immer weit weg von den unmittelbaren örtlichen Bezügen **arbeiten muss**. Denn das **Verbandsgebiet**, wenn man es **auch** noch ernst nimmt, hat jedenfalls bei dem Regionalkreismodell eine Größenordnung, bei der wir an anderer Stelle nicht einmal über Länderneugliederungen diskutieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie kontrollieren die Zwangsverbände?)

- Die Verbände, die Zwangsverbände kontrollieren immer nur eine Aufgabe und werden sehr genau von den kommunalen Parlamenten kontrolliert. Herr Abgeordneter, sie haben nicht 30 bis 40 % des Geldes, sondern am Ende 2 bis 3 % des Geldes, und sie werden trotzdem regionale Zusammenarbeit an dieser Stelle leisten können. Das ist ein ziemlicher Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es eben so ist, dass Modelldebatten uns schon so lange geprägt haben und dass wir immer wieder in die gleiche Situation gekommen sind, dass daraus keine Konsequenzen gezogen worden sind, dann muss klar sein: Die Landesregierung wird alle weiteren Gespräche in der Region auf der Basis des jetzt vom Staatsgerichtshof bestätigten Ballungsraumgesetzes führen. Wer über andere Modelle spricht, mag das wissenschaftlich und politisch interessiert tun. Es ist immer gut, wenn man über alles spricht. Man kann auch als Opposition entsprechende Programme schreiben. Aber Realität der hessischen Regierungspolitik wird

das in den kommenden Jahren nicht werden. Das muss auch jeder in der kommunalen Gemeinde wissen.

(Beifall bei der CDU)

Damit steht fest, dass exakt diese strukturellen Voraussetzungen auch nach der Kommunalwahl des Jahres 2006 bestehen werden. Es wird keine neue Verschiebung von notwendigen Maßnahmen geben, und es wird deshalb auch kein direkt gewähltes regionales Parlament im Jahr 2006 geben. Jeder weiß dann auch, die nächste Wahlchance ist im Jahr 2011. Jeder Kommunalpolitiker in der Region und jeder Landespolitiker mag sich bitte überlegen, ob er verantworten kann, allein mit der vagen Hoffnung, dass sich einmal später, nach 2008, wieder eine andere politische Mehrheit in Hessen ergeben könnte, die notwendigen Entwicklungsschritte für die Region Rhein-Main vom Jahr 2004, wo wir jetzt sind und handeln könnten, auf frühestens das Jahr 2011 oder später zu verschieben. Niemand könnte das ernsthaft verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Alle müssen damit leben, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Parlament mit dieser Mehrheit und diese Regierung gewählt haben, um dies für eine gewisse Zeit im Voraus zu gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mag sein, dass wir diese Debatte immer unter dem Gesichtspunkt führen, was man noch machen könnte. Es ist falsch, irgendjemanden in der Illusion zu lassen, weiteres Zuwarten würde ihm bessere Chancen verschaffen. Ich fordere deshalb alle auf, sich jetzt an den beginnenden Gesprächen über die Erfüllung des Ballungsraumgesetzes mit Leben zu beteiligen.

Dieser Appell hat mehrere Adressaten. Ich will deshalb ausdrücklich sagen: Ich wende mich zunächst an die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfractionen im Hessischen Landtag und an ihre politischen Freunde vor Ort. Ich respektiere ausdrücklich, dass Sie eine andere Organisationsvorstellung für den Raum haben. Das ist in einer politischen Debatte auch nichts Ungewöhnliches. Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie für Ihren Vorschlag der beträchtlichen Anonymisierung kommunaler Entscheidungen, wie sie dem Konzept des Regionalkreises zugrunde liegt, keine Mehrheit bekommen würden. Aber es ist nicht meine Aufgabe, sondern es ist Ihre Aufgabe, dafür Werbung zu machen. Jetzt stehen Sie in der Mitverantwortung, ob die Schritte zur kommunalen Zusammenarbeit, die unter den politischen Mehrheiten, die die Bürgerinnen und Bürger Hessens geschaffen haben, möglich sind, von einer Mehrheit gewünscht werden, ob sie gemeinsam gegangen werden oder ob sie bekämpft und boykottiert werden.

Sie haben durchaus die Möglichkeit, mit uns gemeinsam über eine einheitliche Wirtschaftsförderung zu sprechen, darüber, wie man kulturelle Angebote im Rhein-Main-Gebiet organisiert, wie man den Regionalpark zum Laufen bringt, wie man überörtliche Freizeiteinrichtungen organisieren kann - um nur einige wichtige Beispiele zu nennen. Niemand hindert Sie daran, in einem späteren Jahrzehnt, in dem Sie sich wieder die politische Gestaltungsmehrheit erhoffen, das alles zu einem Regionalkreis zusammenzuführen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben keinen Anlass, unter den politischen Mehrheiten in Hessen die jetzt möglichen Schritte zu torpedieren,

nur weil Sie glauben, Sie müssten in zehn Jahren ein anderes Konzept durchsetzen. Deshalb laden wir Sie ein, mit uns über die Dinge zu sprechen, die jetzt gemeinsam möglich sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sagen zugleich: Wir wollen die unterschiedlichen Vorstellungen über diese Region und die Arbeit, die damit zusammenhängt, auch mit den Kommunalpolitikern diskutieren. Derjenige, der mit dem Hinweis auf unterschiedliche organisatorische Vorstellungen das Sachgespräch erschwert oder unmöglich macht, muss sehr deutlich erklären, ob es ihm wirklich um die Zukunft des Rhein-Main-Gebietes geht. Ich wende mich deshalb an die führenden Kommunalpolitiker der Region. Sie sitzen gemeinsam im Rat der Region. Sie haben dort einen gesetzlichen Auftrag. Der Rat der Region und seine einzelnen Mitglieder haben diesen Auftrag in den letzten vier Jahren missachtet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich fordere Sie auf, ihrer Pflicht zu genügen. Die Pflicht besteht darin, Konzepte zu entwickeln, wie die vom Gesetzgeber vorgegebenen gemeinschaftlichen Aufgaben auch gemeinschaftlich angegangen werden können. Ich sage sehr klar und vielleicht für den einen oder anderen in der Kommunalpolitik auch sehr hart: Die nahezu albernen Rituale, dass immer der eine ablehnt, was der andere vorschlägt, und dass man mit schlafwandlerischer Sicherheit voraussagen kann, dass ein Vorschlag aus der Stadt den Widerstand aus dem Umland und dass ein Vorschlag aus dem Umland den Widerstand aus der Stadt nach sich zieht, müssen beendet werden, weil sie mit einer vernünftigen Zukunft der Region nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Art der Verhandlungen des Rates der Region über die Fragen, wie die regionale Verantwortung für einen Zoo oder die regionale Verantwortung für ein großes Sportstadion, mögen aus der jeweiligen einzelfallbezogenen Betrachtung, wer wem was unterstellt oder welche Vermutungen hat, richtig sein. Aber die Unfähigkeit des Rates der Region, auf der Basis dieser Herausforderungen ein Konzept zu entwickeln, das in gegenseitigem Geben und Nehmen die Basis für gemeinsame Trägerschaften von regionalen Aufgaben sein könnte, ist nicht in Ordnung. Meine Damen und Herren, dass der Rat der Region oft nur fünf oder zehn Minuten tagt, anstatt sich in Klausur zurückzuziehen, um Lösungen für relativ banale Verwaltungsprobleme zu finden, ist inakzeptabel. Ich erlaube mir, dies auch öffentlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Demonstrativer Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin für die Diskussion, wer den Vorsitz führt und wer nach fünf Minuten gehen will und aus welcher Stadt er kommt. Das ist nicht Frankfurt, sondern das ist jemand anders. Die Person weiß auch sehr genau, wer gemeint ist.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schauen mit einer gewissen Bewunderung als Politiker alle zusammen auf einen europäischen Konvent für eine gemeinsame Verfassung Europas mit 25 Staaten, die es unter der Führung von Valéry Giscard d'Estaing geschafft haben,

elementarste Meinungsunterschiede nahe zusammenzuführen und dadurch einen Weg zu finden, die so sehr widerstrebenden Interessen in diesem gemeinsamen Europa in einer gemeinsamen Verfassung zu vereinen. Sie, Kollege Hahn, und ich als Mitglieder und andere erwarten in diesen Tagen von der Föderalismuskommission der Bundesrepublik Deutschland, dass 16 verfassungsrechtlich selbstständige Länder und die selbstbewussten Institutionen des Bundes zu einer gemeinsamen Aufteilung von Macht, Kompetenz und Geld kommen. Wir schauen zugleich dabei zu, dass Kommunalpolitiker einer Region, die sich tagtäglich sehen, die hinreichend die gemeinsamen Notwendigkeiten der Region kennen, ein generationsübergreifendes Spiel des **Verhinderns** und Boykotierens treiben, um anschließend jeweils mit dem Finger auf den anderen zu zeigen. Gerade jene verletzen die Interessen der gemeinsamen Region, die offensichtlich auf der Hand liegen. Jeder weiß, dass es unser wichtigstes Ziel ist, das Heft nicht aus den Händen zu geben, sondern selbstverantwortlich zu handeln.

Gestandene Landräte, Oberbürgermeister und **Bürgermeister**, die **hinzukamen**, diskutieren nun seit zwei Jahren über die Frage, ob es gelingen kann, eine gemeinsame **Dachgesellschaft** für die bereits vorhandenen Regionalparks zu gründen, an denen wir uns als Land - nachdem wir unsere Bereitschaft erklärt haben, es zu machen - beteiligen können, ohne ein Schisma der Region zwischen der einen oder anderen Dachgesellschaft zu organisieren. Wenn ich den Rat der Region und seine Aufgabe im Gesetz sehe, dann stelle ich fest, dass dies nah an einer Amtspflichtverletzung ist. Das sage ich auch sehr deutlich.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deshalb ist die Botschaft, die aus der Erklärung der Landesregierung hervorgeht, aber auch Konsequenz des Ballungsraumgesetzes ist: Die Zeit des **Taktierens** mit dem Ziel der Verhinderung von Ergebnissen ist vorbei. Das Ballungsraumgesetz ermöglicht der Landesregierung nunmehr, den Beteiligten verbindlich abzuverlangen, welche kommunale Zusammenarbeit in überschaubarer Zeit **zu** gestalten ist.

Ich unterrichte den Hessischen Landtag davon, dass das Kabinett ab **jetzt** in Stufen von den Möglichkeiten des § 6 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum **Frankfurt/Rhein-Main** Gebrauch machen wird.

(Bernd Riege (SPD): Macht einmal! - Gerhard Bökel (SPD): Dann sehen wir uns vor Gericht wieder!)

Wir wollen aus Respekt vor der Selbstverwaltung auf der kommunalen Ebene niemanden überfordern. Deshalb sind wir bereit, die anstehenden Punkte nacheinander einer Diskussion zuzuführen. Aber wir lassen auch keinen Zweifel daran, welche Stufen und wann diese Stufen entwickelt werden.

Das hessische Kabinett wird noch vor der Sommerpause die Aufgabe des Standortmarketings und der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 6 unter Anwendung des § 6 Abs. 1 für dringlich erklären. Dieser Beschluss wird konkret beschreiben, welche Aufgaben in der Rhein-Main-Region über die kommunalen Grenzen hinaus wahrgenommen werden müssen. Wir werden dabei die vorhandenen Konzepte der Wirtschaftsinitiative Rhein-Main, der Industrie- und Handelskammern und der Vereinigung hessischer Unternehmerver-

bände zu einer wichtigen Grundlage unserer Arbeit machen. Diese Institutionen wissen am besten, welche Maßnahmen zusätzlich notwendig sind, um die Region Rhein-Main rund um den Erdball, aber insbesondere in Europa mit der Bekanntheit und der Attraktivität zu versehen, die die Leistungskraft dieser Region erfordert.

Jeder, der, wo immer auf der Welt, über eine Ansiedlung von Produktion, Verkauf und Finanzierung auf dem europäischen Kontinent nachdenkt, muss die Attraktivität dieses zentralen strategischen Standortes Frankfurt/Rhein-Main kennen. Jeder, der auf der Welt und insbesondere in Europa Kontakt zu dieser Region aufnehmen will, muss zunächst eine einheitliche Adresse für diese Region kennen. Eine einheitliche Organisation muss sicherstellen, dass jeder, der Interesse an dieser Region hat, mit Interessierten aus der Region und Kompetenten in der Region zusammengebracht wird.

Jeder einzelne Platz dieser Region muss sich sicher sein können, dass jedes denkbare Angebot in der Region in einem fairen Wettbewerb Bestandteil der Präsentation des Gebiets Frankfurt und Rhein-Main auf der Welt ist. Dabei muss dann aber auch klar sein, dass sich alle, also sowohl die Stadt Frankfurt am Main als auch alle anderen kommunalen Gebietskörperschaften, verpflichten, diese einheitliche Institution zu nutzen, damit der wichtige **Wirtschaftsstandort** Frankfurt und Rhein-Main in Zukunft international und national so präsentiert werden **kann**, wie es die Menschen heute von anderen Wirtschaftsstandorten schon gewohnt sind. Bei uns gibt es einen **Nachholbedarf**. Mit den Vorgaben, die in dem Gesetz enthalten sind, soll das jetzt aufgeholt werden.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Beschluss und der politischen Ankündigung der Landesregierung wird zunächst innerhalb der nächsten zwei Monate ein weiteres Konsultationsrecht der Gemeinden **ausgelöst**. Sollte der Rat der Region etwa einstimmig der Auffassung sein, dass die Lösung dieser Aufgabe nicht dringlich ist, kann die Region eine Verzögerung der Maßnahmen um weiter zwölf Monate erreichen. Ich gestehe aber offen, ich möchte gern sehen, ob tatsächlich eine Mehrheit des Rates der Region bereit ist, zu beschließen, dass eine Vereinheitlichung der Präsentation der Wirtschaft dieses Raums nicht dringlich sei.

Nach diesen zwölf Monaten, also im Sommer des Jahres 2004

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2005! - Weitere Zurufe: 2005!)

- 2005 -, wird die Hessische Landesregierung die notwendigen Beschlüsse **fassen**, falls es bis dahin keine Einigung über eine freiwillige Zusammenarbeit bei der **Wirtschaftsförderung** gibt. Das bedingt nicht, schließt aber ausdrücklich ein, dass die Hessische Landesregierung dann das Recht hat, die Satzung eines **Pflichtverbands** gemäß der §§ 13 und 9 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit zu erlassen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass nach meiner Auffassung und dem, was ich so lese, das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit, das immerhin vom 16. Dezember 1969 stammt, zu wenig gelesen wird. Ganz unabhängig davon, was im Ballungsraumgesetz steht, ist es so, dass **Pflichtverbände** gemäß § 13 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit ohnehin gebildet werden können. Die Regelungen des Ballungsraumgesetzes sind dabei kommunalfreundlicher. Die

Hürden werden durch dieses Gesetz erhöht. Im Vergleich zu diesem anderen Gesetz werden sie nicht abgesenkt. Herr Kollege Bökel, allen, die gern wieder vor Gericht gehen wollen, sage ich: Im Ergebnis handelt es sich um eine sehr traditionelle Gesetzesmaterie, die eine hinreichende juristische Betrachtung in der Vergangenheit gehabt hat. Der entscheidende Satz des § 13 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit lautet:

Die obere Aufsichtsbehörde

- diese wird dabei durch das Kabinett **ersetzt** -

kann Gemeinden und Landkreise zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben zu einem Zweckverband zusammenschließen ..., wenn die Erfüllung dieser Aufgaben aus Gründen des öffentlichen Wohles dringend geboten ist und ohne den **Zusammenschluss** ... nicht wirksam oder zweckmäßig erfolgen kann.

Das mag dann jeder einmal auf den eben vorgetragenen Sachverhalt der Wirtschaftsförderung übertragen und sich dann fragen, wie interessant es sein kann, mit den gleichen Anwälten wie in diesem Jahr erneut eine gerichtliche Auseinandersetzung anzufangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, keiner sollte sich darüber täuschen, mit welcher Entschlossenheit die Landesregierung **diese** Aufgabe angeht. Die Verfassung gebietet **es**, dass die Hessische Landesregierung handelt, wenn ihre kommunalen Verwaltungseinheiten - das sind die Gemeinden und Landkreise - ihrer Verpflichtung nicht ordnungsgemäß nachkommen, Aufgaben, die man nur zusammen erledigen kann, auch gemeinsam zu erledigen. Das wird nicht einfach werden. Das gilt für alle. Das gilt auch für meine eigenen politischen Freunde in meiner Partei.

Im Rhein-Main-Gebiet wird in vielfältiger Art und Weise regiert. Wenn man an vielen Stellen mit Mehrheit daran **beteiligt** ist - aus der Tatsache der Vielfalt ergeben sich durchaus unterschiedliche Interessen -, dann gibt es dabei durchaus auch eine vielfältigere Willensbildung, als es der Fall ist, wenn **man** sich an relativ vielen Stellen in der Opposition befindet.

Das macht die **Entscheidung** nicht immer einfach. Ich bin lang genug im Rhein-Main-Gebiet politisch **tätig**, um zu wissen und einschätzen zu können, was das bedeutet. Deshalb sage ich auch in aller Deutlichkeit: Hierbei handelt es sich nicht um eine Aufgabe, bei der man einfach nach den parteipolitischen Grenzen der CDU, der SPD, der FDP und der GRÜNEN trennen kann. Nachdem wir 30 Jahre lange daran arbeiten, gilt im Zweifelsfall, dass die Landesregierung verpflichtet ist, auf das Wohl der Allgemeinheit zu achten. Dieses **muss** sie dann möglicherweise auch mittels der Autorität derer, die die Regierungsverantwortung übernommen haben, durchsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können versichert sein - dazu kennen Sie mich lang genug -, dass ich sehr danach trachten **werde**, gemeinsam mit allen in der Union und auch mit allen in der Rhein-Main-Region die gestellten Herausforderungen zu bewältigen. Ich bin sehr optimistisch, dass wir das im Verlauf des Diskussionsprozesses schaffen werden. Aber ich sage ebenso klar: Die gemeinsame Interessenwahrnehmung im Rhein-Main-Gebiet als eine Aufgabe zu sehen und der Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung müssen **zusammengebracht** werden. Damit das möglich wird, ist es

jetzt erforderlich, nicht mehr zuzuwarten, sondern zu handeln. Die Bürger, die Kommunalpolitiker und alle, die für uns sind, aber auch alle, die mit uns streiten wollen, können sich sicher sein, dass wir in den nächsten Monaten und Jahren nach diesem Prinzip handeln werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung wird im zweiten Halbjahr dieses Jahres, also des Jahres 2004, mit den betroffenen Kommunen und den inzwischen erfreulicher- und dankenswertere **weise** entstandenen kulturellen Initiativen und Institutionen einen Dialog darüber einleiten, wie die überregionale kulturelle Präsenz des Rhein-Main-Gebiets verbessert und **finanziell** abgesichert werden kann. An diesem Punkt ist offensichtlich, dass die Stadt Frankfurt am Main, die in ihrem Haushalt die höchsten Ausgaben für Kultur in der Bundesrepublik Deutschland hat, die Funktion, die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Region zu erhalten und mit den großen Metropolen Europas und der Welt zu konkurrieren, nicht auf Dauer allein tragen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Hier geht es in erster Linie nicht um Quantität. Denn die wird in Ballungsräumen, wie Paris, London oder New York, mit z. B. 13 oder 14 Millionen Einwohnern immer größer sein. Dort wird manches organisiert werden können. Aber **bei** manchem werden auch immer Unterschiede bestehen bleiben.

Es geht dabei um Qualität. Die Qualität darf in der Rhein-Main-Region nicht geringer sein. Wir werden darlegen können, dass das nicht nur so organisiert werden kann, dass der Mehrwert darin besteht, dass bestimmte Dinge in Frankfurt erhalten bleiben. Vielmehr muss der Mehrwert darin bestehen, dass es in **Frankfurt** etwas gibt, was **Weltklasse** ist. Wenn man es gemeinsam macht, wenn man die Synergien nutzt und wenn man es mit dem **Selbstbewusstsein** einer großen kulturellen Einheit bewältigt, dann wird die ganze Region ein größeres kulturelles Angebot haben und kann gut in dem Wettbewerb gegen andere kulturelle Institutionen, Städte und Regionen **auftreten**.

Genau das muss dargelegt werden. Der Mehrwert muss in der Qualität liegen. In dieser **Ballungsraumregion** muss es ein Format **von Welt** geben. Der Mehrwert **muss** zum Nutzen der ganzen Region durch gemeinsame Aktivitäten der ganzen Region entstehen.

Die **Landesregierung** beabsichtigt, am **Anfang** des Jahres 2005 einen zweiten **Beschluss** gemäß § 6 Ballungsraumgesetz zu treffen. Mit diesem Beschluss soll die **Dringlichkeit** genau definierter Schritte zur „Errichtung, Betrieb und Unterhaltung kultureller Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung“ gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 5 Ballungsraumgesetzes festgelegt werden. Das darauf folgende Verfahren wird dem Verfahren gleichen, das ich bereits bei der Frage der Wirtschaftsförderung beschrieben habe.

In dem gleichen Verfahren wird es anschließend eine Erörterung hinsichtlich der Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen geben. Hier hat es bereits in der Vergangenheit unter der Trägerschaft des Umlandverbands Frankfurt erste gemeinsame Schritte gegeben. Wir betreten also nicht komplett Neuland. Keine Gemeinde kann sagen, dass sie bisher an der Trägerschaft solcher Aufgaben nicht beteiligt war. Spätestens im zweiten Halbjahr des Jahres 2005, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die Strukturen der Wirtschaftsförderung schon sehr präzise beurteilt werden können, beabsichtigt die Landesregierung, einen Be-

schluss nach § 6 Ballungsraumgesetz zur Präzisierung und Definierung des dringlichen Bedarfs bei der Errichtung, dem Betrieb und der Unterhaltung von Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen von überörtlicher Bedeutung zu treffen.

Ergänzend will ich darauf hinweisen, dass die Landesregierung mit großem Nachdruck davon ausgeht, dass die kommunalen Gebietskörperschaften im Verlauf der nächsten zwei bis drei Monate in der Lage sein werden, sich auf eine gemeinsame Dachgesellschaft für die Regionalpark GmbHs in der Region zu verständigen. Die Positionen liegen so nah beieinander, dass es keine vernünftige Begründung dafür gibt, dass sich die kommunale Selbstverwaltung auch auf diesem Gebiet so weit selbst fesselt, dass ein staatlicher Eingriff notwendig wird. Ich weise allerdings vorsorglich darauf hin, dass die Landesregierung diesen Prozess beobachten wird und darauf vorbereitet ist, auch hier gemäß § 6 Ballungsraumgesetz die Dringlichkeit einer gemeinsamen Lösung darzulegen. Sie wird sich dabei auf die Fragen der Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 7 Ballungsraumgesetz beziehen.

lassen Sie mich zum Abschluss einen weiteren Hinweis geben. Das Ballungsraumgesetz steht nach fünf Jahren zur Evaluierung an. Das ist das Jahr 2006. Logischerweise wird diese Evaluierung auch erfolgen. Denn wir haben die Absicht, das Gesetz fortzuführen. Einzelne Fragen des Verwaltungsvollzugs und Fragen zur Präzisierung dieses Gesetzes werden während dieser Evaluierung zu prüfen sein. So weise ich z. B. ausdrücklich darauf hin, dass die Landesregierung erwartet, dass sich der Planungsverband bei den Diskussionen, die wir haben werden, auf seine prioritäre Aufgabe der Planung konzentriert. Wir dürfen nicht in einen permanenten Wettbewerb geraten, der den Innenminister ununterbrochen auf den Plan rufen würde. Der Planungsverband darf nicht den Versuch unternehmen, unter Bezugnahme auf § 2 Abs. 2 des Planungsgesetzes Träger weiterer regionaler Aufgaben zu werden.

Sollte die Planungsversammlung diesen Weg mit ihrer Mehrheit weiterverfolgen, wird es eine Aufgabe der Evaluierung des Gesetzes sein, zu überprüfen, ob wegen größerer Klarheit die Aufgabenstruktur im Rhein-Main-Gebiet, § 2 Abs. 2, ersatzlos gestrichen wird.

Meine Damen und Herren, wir werden auch im Übrigen die Entwicklungen im Rhein-Main-Gebiet sorgfältig beobachten und notwendige gesetzliche Korrekturen zur Durchführung der hier genannten Ziele im Auge behalten. Ich sage auch ganz klar jenen, die immer daran denken, dass sie jeden nächsten Schritt der Landesregierung mit gerichtlicher Auseinandersetzung belegen werden: Es gibt in einem demokratischen Rechtsstaat nur zwei Möglichkeiten, entweder mit einem einzigen Schlag die kommunalen Selbstverwaltungsrechte zu beseitigen und gleichzeitig damit die Organisationsstruktur festzulegen - dann kann jeder nur noch einmal klagen, und es ist vorbei - oder sich darauf einzulassen, die kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen zu erhalten und Schritt für Schritt gemeinsame Aufgabenwahrnehmung herzustellen. Dann muss man damit leben, dass immer wieder geklagt werden kann.

Mir ist das Immer-wieder-beklagt-Werden nicht lieb. Es wäre besser, wir würden alles schnell durchsetzen. Aber ich weiß, wie die Welt ist. Ich bin nicht bereit, weil es der bequemere Weg wäre, zu sagen, wir machen die großen Lösungen, die einem dort immer vorgeschrieben werden, setzen sie durch, vergessen die kommunale Selbstverwal-

tung im kleinteiligen Raum, nur damit wir keine Prozesse mehr haben. - Es mag sein, dass es der beschwerlichere Weg ist. Aber wir sind auch nicht für einfache Sachen gewählt.

Wir werden das also Stück für Stück erreichen. Wir wollen damit, dass diese Region ein Profil hat, das es an keinem anderen Platz der Bundesrepublik Deutschland und unseres überschaubaren Europas gibt, von dem die Menschen, wenn sie aus anderen Teilen der Welt hierher gekommen sind, sagen: Wir waren möglicherweise nicht so überzeugt, dass es genauso toll ist wie Paris oder London, nicht so groß, nicht so bekannt, nicht so viele Theater. Aber als wir hier waren, wollten und wollen wir nicht mehr weg. - Auch viele Unternehmen sagen: Wir haben im Augenblick erst die Schwierigkeit gehabt, die Telefonnummer zu finden. Aber als wir da waren, hat sich der Bürgermeister unserer Gemeinde oder der Oberbürgermeister der Stadt, in der wir uns angesiedelt haben, sehr um uns gekümmert, sodass aus einer anonymen Bürokratiestruktur auf einmal das Kümmern um diese kleine Einheit im sozialen Umfeld wurde, bei den kulturellen Aktivitäten, aber auch bei der industriellen Ansiedlung.

Wenn wir das nicht erhalten, haben wir mit 1,5 Millionen gegen 15 Millionen keine Chance. Wenn es nichts Besonderes ist, das Rhein-Main-Gebiet zu haben, dann werden wir Schwierigkeiten haben, den Weltwettbewerb zu bestehen, wie leistungsfähig auch immer wir einen Flughafen und anderes machen. Dieser Punkt, die Besonderheit der Region zu verteidigen, ist es nach meiner persönlichen Überzeugung, aber auch nach Auffassung der gesamten Landesregierung und der sie tragenden Regierungsfraktion wert, dass wir diese Auseinandersetzung eingehen, auch wenn sie der beschwerlichere und in kleineren Schritten vorangehende Weg ist.

Eines ist dann allerdings die Bedingung: Wer will, dass man einen Weg in kleinen Schritten, Stück für Stück, in Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung geht, der darf nicht zulassen, dass aus den Interessen einzelner Kommunen heraus der Weg nicht gegangen wird, sondern Stillstand fortgeschrieben wird, der darf nicht wollen, dass es irgendwann zu einem großen Knall kommt und mit der Faust auf den Tisch gehauen wird und irgendeine politische Mehrheit dann sagt: „Es geht nicht mehr, wir können nicht weiter warten“, der muss sich jetzt bewegen. Das gilt für jede einzelne Gemeinde, für jeden Kommunalpolitiker in der Region Rhein-Main. Aber es betrifft natürlich auch die Landesregierung und ihre Verantwortung.

Wir kennen diese Verantwortung. Wir wissen, dass der Weg nicht bequem ist. Aber wir sind überzeugt, dass der Weg richtig ist. Deshalb werden wir ihn so beschreiten, wie ich ihn Ihnen eben genannt habe. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Damit ist die Regierungserklärung abgegeben. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Walter, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Entscheidung